

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903**

13.2.1903 (No. 43)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

N<sup>o</sup> 43.

1903.

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich unter dem 15. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Kammerjäger, Professor Bruno Stolzenberg in Berlin die am Bande des Ordens vom Jahrlinger Löwen zu tragende goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 26. Januar d. J. gnädigst geruht, den ordentlichen Professor Dr. Albert Dieterich an der Universität Gießen zum ordentlichen Professor der klassischen Philologie an der Universität Heidelberg und zum Mitdirektor des philologischen Seminars daselbst zu ernennen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 26. Januar d. J. gnädigst geruht, den Professor Dr. Karl Alfred Osann in Mühlhausen i. G. zum etatmäßigen außerordentlichen Professor für Mineralogie, Kristallographie und Petrographie an der Universität Freiburg zu ernennen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 6. Februar d. J. wurde Betriebssekretär Bernhard Köberlin in Emmendingen zur Vernehmung der Stationsverwalterstelle nach Mühlhausen-Neunbach und Betriebsassistent Peter Kaiser in Karlsruhe nach Emmendingen versetzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Ein neues Kapitel Balkanpolitik

gibt Anlaß zu politischer Betrachtung. Der König und die Königin von Serbien betreten den Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie, um das Grab des Königs Milan zu besuchen. Im Kloster von Kruschedol ist es, wo er seine letzte Ruhestätte gefunden hat, auf ungarischer Erde. Auf seinen eigenen Wunsch ist er außerhalb des Landes bestattet worden, das er einst beherrscht hatte. Vom Sterbebette aus hat er an den Kaiser von Oesterreich einen Brief gerichtet, in dem er für seinen entseelten Leib um Gastfreundschaft bat. Der ganze Groll, mit dem König Milan vom Leben geschieden ist, drückt sich in diesem Einem Zuge aus. Milan hatte Serbien in tiefer Verachtung verlassen; er jürnte seinem Nachfolger ob der Gattin, die dieser erwählt hatte. Als ein Flüchtling, Verbannter, war der alternde Mann nach Wien gekommen. Diese Vorgänge haben die Beziehungen zwischen Wien und Belgrad nicht gerade günstig beeinflusst; es war, als stünde der Schatten des Verstorbenen zwischen den Höfen, als fände er eine besondere Genußnahme darin, durch gespenstische Schauer jeden wärmeren Verkehr hintanzuhalten. Nun dürfte er beruhigt, dürfte er veröhnt werden; denn König Alexander ist, wie seine Fahrt nach Kruschedol bekundet, seiner kindlichen Gefühle inne geworden. Für die Frau an seiner Seite, für die Königin Draga, ist der Augenblick, da sie der Gruft Milans naht, von besonderer Bedeutung. Denn zum ersten Male wird sie im Auslande mit allen Ehren, die einer Königin gebühren, empfangen. Der Vanus von Croaten begrüßt sie im Auftrage seines Herrschers, und Generale des österreichisch-ungarischen Heeres neigen sich vor ihr. Die serbische Politik der jüngsten Vergangenheit hat sich um die Frage gedreht, ob Königin Draga dem Kaiser von Rußland als Gast willkommen wäre. Wunderliche Ereignisse waren es gewesen, die in dieser Hinsicht Schwierigkeiten hervorgerufen hatten. Der Zar hatte sich bereit erklärt, das Kind des serbischen Herrschers aus der Taufe zu heben, ganz eingehend zu antworten. Die Angriffe, denen er seine Sprache geliehen hat, waren in sozialdemokratischen Blättern zuerst gekommen im Oktober oder November vorigen Jahres, und es sind daraus Artikel, ich kann sagen, in allen badischen Blättern erschienen, mit Ausnahme vielleicht der sozialistischen, welche die Erwiderungen nicht überall gebracht haben mögen — das habe ich nicht kontrollieren können. Die Erwiderung war überschrieben „Nichtigstellungen“ und zweifellos, werden Sie mir nach dem Inhalt zugeben, offiziellen Ursprungs, und ich muß meine Verwunderung darüber aussprechen, daß der Herr Abg. Wurm, wenn er die Ausstellungen gekannt hat, nicht auch von diesen Nichtigstellungen etwas erfahren hat. Ich darf hier einen Artikel aus der „Süddeutschen Reichs-Korrespondenz“ zitieren, der gleichlautend auch in der „Karlsruher Zeitung“ abgedruckt wurde; diese hat auch einen amtlichen Teil. Der Artikel erschien allerdings im nächst-

amlichen Teil. In dem Artikel ist darüber Klage geführt, daß mehrere Blätter beim Dienstwechsel in der badischen Fabrikinspektion sofort mit einer „vernichtenden Kritik der neuen Leistung“ und des für die Belegung verantwortlichen „Ministers“ hervortraten und dem letzteren sogar die Behauptung in den Mund gelegt hätten: „wir wollen keinen Wörishoffer mehr“. Auf diese Ausstellungen sagt der Artikel: „eine solche Aeußerung hat Minister Schenel nicht getan, weder in diesem Wortlaut, noch dem Sinne nach“. (Hört! hört!) Es ist ferner angefügt, daß man aus guter Quelle wußte, der Minister wünsche im Gegenteil, daß die Fabrikinspektion in demjenigen Geiste fortgeführt werde, in welcher Herr Wörishoffer in der Vollkraft seiner Wirksamkeit gewirkt habe, und es schehe durchaus mit den Tatsachen im Widerspruch, wenn man von der Einführung eines neuen Systems spreche. Also, meine Herren, was die Sache im ganzen angeht, und bezüglich des Umstandes, daß eine Aeußerung speziell dem Minister in den Mund gelegt wird, so kann ich nur sagen, das ist eine tendenziöse verleumdende Erfindung, und ich kann es nur bedauern, daß der Herr Abg. Wurm die Nichtigstellung nicht gekannt zu haben scheint und hier im hohen Hause derartigen Dingen seine Sprache widmet. Was jedoch die Frage des Verkehrs der Fabrikinspektoren mit den Arbeitern betrifft, so hat der neue Leiter allerdings eine Bestimmung getroffen, daß in erster Linie sich sämtliche Erschienenen an den Vorsteher der Behörde wenden können, eine Anordnung, die gewiß verständlich ist und die allein es verbürgt, daß der neue Leiter unmittelbare Einblicke in allen Angelegenheiten des Dienstes und eine volle Personalkenntnis sich erwerben kann. Es sei allerdings einmal ein Fall vorgekommen, wo durch Abwesenheit des Beamten eine Schwierigkeit sich ergeben hat; sofort aber wurde bestimmt und gefordert, daß diese Anordnung in einer Weise zum Vollzug kommt, wie sie den Dienstinteressen entspricht. Also auch hier besteht kein Grund zur Klage. Was jedoch die Person des neuen Leiters der Gewerbeinspektion anlangt, als ob er ein rüchändiger Mann sei, so bitte ich doch zu bedenken, daß er, speziell im Fabrikaufsichtswesen im Westen Deutschlands vorgebildet, sich das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erwerben gewußt hat, daß er seine humane Gesinnung durch Leitung eines gewerblichen Unternehmens selbst betätigt hat, daß er hervorragend Sachverständiger ist. Mit anderen Worten: was ist das Fazit dieser kleinlichen Angriffe? Durch Agitation, durch Ausstellungen wurde ein Mißtrauen hervorgerufen und geschürt, und wenn wir denn doch von Herrn Wörishoffer gesprochen haben, so möchte ich wünschen, daß ein Wort dieses verstorbenen, hochverdienten Mannes etwas mehr beherzigt würde, das meines Erachtens auf diese ganze Sache sehr paßt. Er hat es öfters ausgesprochen, vielleicht am deutlichsten in seinem Jahresbericht vom Jahre 1898, in dem er den Agitatoren einen Spiegel vorhält. Er sagt: „Ist doch die badischen Arbeiter mit ihren Arbeitgebern ihre Angelegenheiten selber erledigen, dann wird Friede und Verständigkeit herrschen; aber den Agitatoren von außen fehlt die Nahrung, sie machen Uebertreibungen, sind den örtlichen Verhältnissen nicht gewachsen und in Unkenntnis über manche sonstigen Dinge, sie suchen mehr durch rednerische Glangleistungen eine schablonenhafte und inhaltlich geringe Leistung zu verdienen, und dieser wüste Nihilismus schädigt heute noch die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter.“ — von außen also wird das Gift der Verheerung heringetragen. Meine Herren, vielleicht war dies auch hier der Fall. Man kann freilich bei Dingen, die durch die Presse gelaufen sind, nicht genau beweisen; aber es hat mir den persönlichen Eindruck gemacht, weil die Angriffe so früh einsetzten, als ob jemand, der dem neuen Fabrikinspektor nicht wohl will, ihm gewissenmaßen einen schlechten Meißelpaß nach Baden mitgegeben hätte. Die Verheerung — oder ich will nicht diese Bezeichnung für die auf das folgende anwenden, ich will nur sagen, mein geschätzter Gedankensfreis ist auch durch folgendes angeregt worden —: haben Sie, meine Herren, nicht in Erinnerung die Worte, die der Herr Abg. Wurm eben am Schluß gesprochen hat: „zwischen bestehenden und nichtbestehenden Klassen gibt es nur Kampf, zwischen Kapital und Arbeit gibt es keinen Frieden!“ Meine Herren, solche Anschauungen und Stimmungen müssen auch tendenziöse Früchte erzeugen! (Bravo!)

### Die badische Fabrikinspektion.

Im Anschluß an den in der Dienstausgabe der „Karlsruh. Zeitung“ erschienenen Bericht über die Reichstagsdebatte vom 7. Februar, lassen wir nachstehend die jetzt im stenographischen Wortlaut vorliegende Rede des Großh. badischen Gefandten, Geh. Rat Dr. v. Jagemann folgen. Sie lautet:

Meine Herren, der Herr Abg. Wurm hat den Dienstwechsel in der Leitung der badischen Fabrikinspektion zum Ausgangspunkt eines Angriffs gegen die badische Regierung genommen mit der Behauptung — ich kann seine Worte nur ungefähr wiedergeben, weil das Stenogramm ja noch nicht vorliegt —, man habe an die Stelle des verstorbenen Herrn Geheimen Oberregierungsrats Wörishoffer, dessen Arbeiterfreundlichkeit der Herr Redner ja anerkannt hat, eine Person von rüchändiger Tendenz berufen, und zwar mit Absicht und mit dem Ausspruch im Ministerium: „wir brauchen keinen Wörishoffer mehr“; der neue Leiter der Fabrikinspektion habe auch seine reaktionäre Neigung sofort dadurch betätigt, daß er den Verkehr der Arbeiter bei persönlichen Erscheinungen mit den Beamten der Fabrikinspektion eingeschränkt und diesen Beamten verboten habe, in Gewerkschaftsvereinen Vorträge zu halten. Meine Herren, ich will den letzten Punkt bezüglich der Vorträge vorwegnehmen, mit dem Bekenntnis, daß ich darüber gar nichts weiß (Geheime bei den Sozialdemokraten); denn man kann sich nicht vorbereiten auf Angriffe, die vorher vollständig unbekannt sind. Ich wüßte auch nicht, daß die Presse sich des weiteren mit dieser Frage beschäftigt hat. Aber ganz selbstverständlich ist die Frage, inwieweit Beamte einer Fabrikinspektion in Vereinen Vorträge halten können, nach Zeit und Ort, Gelegenheit, Personen und Haltung des ganzen Vereins verschieden zu beantworten, und es sind doch sehr wohl Verhältnisse denkbar, in denen eine Einschränkung auch der Vorträge gerade darin nötig ist. Wir haben schon erlebt, daß in Vereinen — ich kann keinen bestimmten jetzt im Augenblick nennen, denn ich sammle darüber keine amtlichen Nachrichten — Republikanismus und extreme Politik, wie sie eben von einer gewissen Partei getrieben wird, zufolge deren Einflusses dann und wann zum Ausdruck kommt. Derartigen Dingen kann doch ein Beamter in der Tat nicht beiwohnen, noch weniger bei solchen Versammlungen mitwirken. (Geheime bei den Sozialdemokraten.) Was dagegen die übrigen Behauptungen des Herrn Abg. Wurm angeht, so bin ich in der Lage, ganz eingehend zu antworten. Die Angriffe, denen er seine Sprache geliehen hat, waren in sozialdemokratischen Blättern zuerst gekommen im Oktober oder November vorigen Jahres, und es sind daraus Artikel, ich kann sagen, in allen badischen Blättern erschienen, mit Ausnahme vielleicht der sozialistischen, welche die Erwiderungen nicht überall gebracht haben mögen — das habe ich nicht kontrollieren können. Die Erwiderung war überschrieben „Nichtigstellungen“ und zweifellos, werden Sie mir nach dem Inhalt zugeben, offiziellen Ursprungs, und ich muß meine Verwunderung darüber aussprechen, daß der Herr Abg. Wurm, wenn er die Ausstellungen gekannt hat, nicht auch von diesen Nichtigstellungen etwas erfahren hat. Ich darf hier einen Artikel aus der „Süddeutschen Reichs-Korrespondenz“ zitieren, der gleichlautend auch in der „Karlsruher Zeitung“ abgedruckt wurde; diese hat auch einen amtlichen Teil. Der Artikel erschien allerdings im nächst-

### Zur Reform des Börsengesetzes.

\* Berlin, 11. Febr. In der heutigen auf Einladung der Ältesten der Kaufmannschaft zusammengetretenen Versammlung der Börsenstände der deutschen Börsen wurde ein Antrag Hamburg-Frankfurt mit allen gegen zwei Stimmen angenommen, die Manen dahin zu ändern, daß die Dividendenscheine über den Schluß des Geschäftsjahres hinaus an den Ständen belassen werden. Der Handel erkläre Dividende soll vom zweiten Vertage nach der Generalversammlung ab erfolgen. Gleichzeitig wurde ein Antrag auf Verbeibaltung der Stückzinsenberechnung von Dividendenscheinen angenommen. Nach längeren Ausführungen über die Frage der Reform des Börsengesetzes seitens des Bankiers Arons-Berlin wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß die Steuergesetznovellen von 1894 und 1900 das solide Geschäft, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Plätze und ebenso den Verkehr mit den Auslandsbörsen in hohem Maße geschädigt, in einzelnen Zweigen sogar vollständig vernichtet hätten. Damit die Börse ihre wirtschaftliche Aufgabe wieder erfüllen könne, ist es notwendig, sowohl die Umsatzsteuer, als auch den Effektenstempel erheblich herabzusetzen. — In der Nachmittags-Sitzung legte der Präsident der Ältesten der Kaufmannschaft, Stadtrat Kämpf, in längerer Rede die schweren Schäden, die durch das jetzige Börsengesetz dem deutschen Handel und der Industrie zugefügt seien, dar. Er hat die Versammlung der Auffassung energisch ausgedrückt zu geben, daß eine schnelle und gründliche Reform des

Vörlagegesetz notwendig sei. Im nächsten Reichstage müßten möglichst viele Sachverständige Vertreter sein, die dahin wirken, daß eine richtige Auffassung der Verhältnisse Platz greife. Ferner sei es notwendig, daß dem neuen Reichstage bei jeder Gelegenheit ins Bewußtsein gebracht werde, daß eine grundlegende Reform notwendig sei, um das deutsche Geschäft wieder zur Blüte zu bringen. Medner empfahl die Annahme einer Resolution, welche besagt, die in Berlin versammelten Vörlagevorstände der deutschen Vörlage nehmen Bezug auf die zahlreichen Klagen der Vertretungen von Handel und Industrie, betreffend die Reform des Vörlagegesetzes und betonen, daß das Vörlagegesetz das wirtschaftliche Leben Deutschlands unterbinde und eine Rechtsunsicherheit und Verletzung von Treu und Glauben im Handelsverkehr bilde. Sie drücken die Überzeugung aus, daß nur eine grundlegende Reform des Vörlagegesetzes durch Abschaffung des Vörlagegesetzes und durch Aufhebung des Verbots des Fernhandels in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmen, sowie in Getreide- und Mühlenfabrikaten von dauerndem Wert ist. Die Ereignisse der vergangenen Jahre beweisen zur Genüge, daß ohne eine derartige grundlegende Reform des Vörlagegesetzes die deutschen Vörlage nicht erflären und diejenige Bedeutung wiedererlangen können, welche sie besitzen müssen, um ihre Aufgabe im nationalen und internationalen Wirtschaftsverkehr zu erfüllen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die als Ehrengäste geladenen Mitglieder der Handelskammer traten der Resolution gleichfalls einstimmig bei. Der als Ehrengast geladene Staatskommissar wohnte der ganzen Sitzung bei.

### Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

\* Berlin, 11. Februar.

Abg. Hoch (fortfahrend): Die vom Zentrum in Aussicht genommene Witwen- und Waisenversicherung ist eine Verhöhnung der Witwen und Waisen. Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz bedeutet einen erfreulichen Fortschritt. Hoffentlich gelingt es, das Gesetz noch in dieser Session zu verabschieden. Medner kritisiert ausführlich die Berichte der Gewerbeinspektoren. Beim Wuchertarif haben das Zentrum und die Konfessionen gegen das Gesetz der Willigkeit ihren Protest wahrgenommen.

Vizepräsident Büling: Ich darf annehmen, daß Sie nur von Mitgliedern außerhalb des Hauses sprechen! Abg. Hoch erwidert: Nein, auch von solchen innerhalb des Hauses.

Vizepräsident Büling ruft den Medner zur Ordnung.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Abg. Raab hat nach der Diebstahlsklage gefragt. Ich kann dem Hause die Mitteilung machen, daß die Seeberufsgenossenschaft eine Verordnung, betreffend die Diebstahlsklage, ausgearbeitet hat, daß sie bereits dem Reichsversicherungsamt zugegangen ist und bei der nächsten Generalversammlung der Seeberufsgenossenschaft Gegenstand der Beschlußfassung sein wird, im Mai d. J. Die Seeberufsgenossenschaft gibt sich der Hoffnung hin, daß bei dieser Gelegenheit diese Frage eine gründliche und befriedigende Lösung finden wird. Zu der gestern von Dr. Jäger begründeten Resolution zur Regelung des Wohnungswesens erklärt der Staatssekretär: Wenngleich das Buch, das Herr Jäger geschrieben hat, eine so gründliche und umfassende Arbeit ist, daß dort das maßgebende Material eigentlich schon vereinigt ist, so bin ich doch gerne bereit, dem Hause bei seinem nächsten Zusammentritt eine Denkschrift zu geben. (Beifall.) Es hat mich sehr gefreut, daß auch Dr. Jäger die Ansicht vertreten hat, daß der geeignetste Weg sowohl für Reich, Staat und Kommune, dem sozialpolitischen Zwecke, den unbemittelten Bevölkerungsklassen billige Wohnungen zu schaffen, zu entsprechen, das Erbbaurecht ist. Nur so wird es möglich sein, der Grundstückspekulation der Städte und namentlich der großen Städte entgegenzuarbeiten. Wenn auf diese Weise die Preise des Grund und Bodens in die Höhe getrieben werden, wird es im Laufe der Zeit ganz unmöglich werden, den ärmeren Volksklassen Wohnungen zu erschwingbaren Mieten in der Nähe ihrer Arbeitsstätten in den größeren Städten zu ermöglichen. Die Gemeinden tun gut, in der Zeit, wo Grund und Boden noch zu erschwingbaren Preisen zu haben ist, ihn zu erwerben und in Erbpacht zu geben, in der Weise, daß der Eigentümer immer die öffentliche Korporation bleibt. Ich freue mich, daß Dr. Jäger diesem Gedanken gestern Ausdruck gegeben hat. Dann antwortet der Staatssekretär auf den Abg. Hoch. Ich will Sie nicht mit einer Statistik belästigen, aber daß die Lohnstufen weiter Arbeiterklassen sich erheblich gehoben haben, wird namentlich durch die Statistik der Vergabeverwaltung nachgewiesen. Der Staatssekretär belegt das durch einige Lohnziffern, ich will nicht ruhmredig anführen, was die Verbündeten Regierungen für die arbeitenden Klassen getan haben. Ich habe hier das große Verzeichnis der Gesetze und Verordnungen seit dem Jahre 1892 vor mir liegen. Wenn der Vorredner sagt, er begreife nicht, weshalb ein so einfaches und kurzes Gesetz wie die Krankenkassennovelle so lange Zeit gebraucht habe, so kann ich Ihnen sagen, ich bin sehr froh, daß ich so weit gekommen bin, daß ich dieses Gesetz Ihnen vorlegen konnte. Die Auffassung darüber, was auf diesem Gebiete zu geschehen hat, war so geteilt, und die Kunst besteht nicht darin, ein Gesetz zu machen, sondern es so zu machen, daß es bei allen gesetzgebenden Faktoren Zustimmung findet, und die Vorlage der Krankenkassennovelle ist ein sozialpolitischer Erfolg, der, ich kann Sie versichern, nicht leicht zu erreichen war. Die Berichte der Gewerbeinspektoren werden genau so veröffentlicht, wie sie von den Verbündeten Regierungen geliefert werden, und ich bin überzeugt, daß auch nicht eine der Verbündeten Regierungen den geringsten Druck auf die Gewerbeinspektoren ausgeübt hat. Daß ein Kaiserlicher oder Königlichlicher oder Fürstlicher Beamter einer Versammlung beivohnt, wo die äußeren Abzeichen eine andere Staatsform verberlichen, können Sie nicht verlangen. Wir werden auch in Zukunft an diesem Standpunkt festhalten. Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress waren die äußeren Abzeichen nicht derart, davon hat sich die Württembergische Regierung ausdrücklich überzeugt und hat auch die Gewährleistung dafür bekommen. Zu der Frage des Bauarbeitersches erwidert der Staatssekretär auf eine der Beschwerden des Abg. Hoch, es sei ihm nicht bekannt, daß die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsvereine auch als Rechnungsrevisionsbeamte benutzt werden. Ein Unglück würde das aber nicht sein, wenn das im Winter geschähe, da diese Beamten sonst kaum Beschäftigung hätten. Die rheinisch-westfälische Bauarbeitervereine hat sich trotz Erlüchens des Reichsversicherungsamtes bisher geweigert, solche Bauaufsichtsbeamten anzustellen. Das Reichsversicherungsamt ist allerdings der Ansicht, daß die Zahl der neuen Bauaufsichtsbeamten nicht genügt, aber es hat kein Zwangsrecht. Hinsichtlich der Beschwerde über Heberarbeit in der Pfalzheimen Juwelierindustrie gibt der Staatssekretär zu, daß solche Heberarbeit unzulässigerweise gewährt worden sei, man dürfe aber auch nicht übersehen, daß es sich um eine Saisonindustrie handelt.

Abg. Kaasche (nat.-lib.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Hoch und bestreitet besonders, daß die Sozialdemokratie allein auf sozialpolitischem Gebiet treibend gewirkt

habe. Medner fährt dann fort: Können Sie (zu den Sozialdemokraten gehend) etwas Besseres an die Stelle des Planes setzen, den die Zentrumspartei für die Witwen- und Waisenversicherung aufgestellt hat? (Sehr gut im Zentrum.) Es soll dies doch nur der Anfang des sozialgesetzgeberischen Vorgehens sein, darum muß man die sozialdemokratischen Angriffe mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit zurückweisen. Medner nimmt hierauf die Kruppischen Wohlfahrtsanstalten dem Abg. Wurm gegenüber in Schutz. Wo wäre es dem Arbeiter möglich, sich selbst eine Pension von 150 bis über 200 M. zu sichern und seiner Witwe eine solche von 500 M. dazu noch der Zufuhr für Kinder? Arbeiterentlassungen sind nur in geringen Fällen vorgekommen, wo es sich um Widersehligkeiten oder um Diebstahl handelte. Abg. Wurm hat hier gegen die besitzenden Klassen eine Kriegserklärung in allerbesten Form losgelassen. Das ist der Dank dafür, daß alle Parteien sich hier seit Jahren eifrig für das Wohl der Arbeiter bemühen. Sie wollen keinen Frieden, sondern einen Kampf bis aufs Messer. (Zustimmung.) Sie wollen die Arbeiter unzufrieden machen und daß sie (Lebhaftige Zustimmung, Widerspruch bei den Sozialdemokraten), weil Sie davon leben. (Lebhaftige Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen, stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nächsten sich die Parteien in diesem Kampf nicht erte machen lassen, gemeinsam gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. (Lebhaftige Zustimmung.)

Abg. Müller-Reinigen (freif. Volksp.): Die in der Resolution Hehl beantragte Enquete über die Beschäftigungsdauer der Arbeiterinnen werden wir abwarten. Inannehbar erscheint uns der Antrag, daß jugendlichen Arbeiterinnen keine Arbeit nach Hause mitgegeben werden darf. Der Antrag Albrecht ist ein reiner Demonstrationsantrag. Der Resolution Gröber und der Resolution Möfide, betreffend Berufsvereine, können wir zustimmen. Gegen die Resolution Jäger in Sachen der Wohnungsfrage haben wir nichts. Der heute eingebrachte Antrag Stöbel, betreffend regelmäßige zehnstündige Maximalarbeitszeit, sieht aus, als wollte man und könnte nicht. Medner hält jedoch die Aufhebung der Gewerbeinspektion auf das Stellereigewerbe und die Zuziehung weiblicher Assistenten für Wirtschaften mit weiblicher Bedienung für notwendig. Auch sei eine einheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes, namentlich mit Rücksicht auf die finanzielle Judikatur der beiden höchsten Gerichte nötig. Bezüglich des Begriffes der beiden höchsten Vereine müsse Klarheit geschaffen werden. Einseitig sei die Zulassung von Mädchengymnasien. Eine Einigung der Bundesstaaten in dieser Angelegenheit sei geboten. Die meisten Kulturländer, selbst Ausland, seien uns in dieser Beziehung weit voraus. An den Staatssekretär möchte er die Bitte richten, seinen ganzen Einfluß aufzuwenden, daß Stimmungsänderung, die in letzter Zeit vorgekommen sei, unterbleibe und dem Arbeiter seine volle persönliche Freiheit gewährt werde.

Abg. v. Waldow und Reisenstein (konf.) verwahrt die wirtschaftlichen Betriebe gegen den Vorwurf ungenügender Beachtung der Unfallversicherungsbestimmungen.

Abg. Schröder (freif. Vereinig.) erklärt sich gegen den Antrag Stöbel, betreffend zehnstündigen Normalarbeitstag. Der Antrag Jäger sei zu begrüßen, denn in der Wohnungsfrage, namentlich in den großen Städten, sei wenig geschehen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. — Schluß halb 7 Uhr.

\* Berlin, 12. Februar.

(Telegraphischer Bericht.)

Präsident Graf v. Helldorn eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Abg. Trimborn erklärt sich mit der Resolution Röske einverstanden und empfiehlt nochmals die Resolution Hehl-Trimborn. Die Erhebungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen haben seine Partei dazu geführt, dem Antrag Stöbel, betreffend den zehnstündigen Arbeitstag zuzustimmen. Medner fährt weiter aus, seiner Partei bleibe der sozialpolitische Ruhm, die Witwen- und Waisenversicherung hier heringetragen zu haben. Medner fährt, zu den Sozialdemokraten gewandt, fort: Ihre Kampfweise ist nicht ritterlich, nicht vornehm. Sie jagen dem Volke nur was noch nicht erreicht, verschweigen ihm aber, was erreicht ist; wer solche Unobjektivität beobachtet, verachtet das Volk!

Abg. Horn (Soz.) widerspricht dem Vorredner, und geht ausführlich auf die Zustände in den Glashüttenwerken ein.

Abg. Hild (nat.-lib.) bemerkt gegenüber den Ausführungen Wurm's, die Schuld an der Luft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern tragen die Herren der äußersten Linken, wir wollen den Arbeitern volle Gleichberechtigung zukommen lassen, wir wollen den Frieden, aber nicht um jeden Preis.

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 12. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog erhielt heute vormittag 10 Uhr den Besuch Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Max, höchstwähliger längere Zeit bei Seiner Königlichen Hoheit verweilte. Von 11 Uhr an nahm Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Ministers Dr. Schenkel entgegen.

Nach 12 Uhr besuchte Seine Königliche Hoheit der Großherzog Frau Staatsminister Dr. Roff, um Nachsicht über das Befinden ihres Gemahls zu erhalten. Seine Königliche Hoheit durfte den Kranken persönlich besuchen und wenigstens äußerlich mit ihm in Verbindung treten, da der Schwächezustand einen mündlichen Verkehr unmöglich macht. Es war für Seine Königliche Hoheit ein schmerzlicher Abschied, den höchstselben aber sehr dankbar erkennen. — Darnach empfing Seine Königliche Hoheit den Weihbischof Freiherrn von Dulasch aus Straßburg in Privataudienz.

Im Laufe des späteren Nachmittags empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Generalintendanten Dr. Bürklin und hörte sodann die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

— (Konzert Marteau-Klose.) Einige hohe künstlerische Genüsse besonders exquisiter Art bot das gestern abend

im großen Museumsaal von dem Violinisten Henri Marteau unter Mitwirkung der hierorts wohlaccreditierten Pianistin Fräulein Amélie Klose veranstaltete Konzert. Eine sehr interessante Sonate von G. Fauré in A-moll für Violine und Klavier eröffnete die Vorträge, und ließ sodann die vollendete Kunst des Herrn Marteau in glänzender Klarheit erscheinen, um auch gleichzeitig der Partnerin am Flügel ein weites Feld zur Entfaltung ihrer schönen, oft gerühmten pianistischen Fähigkeiten offen zu lassen. Der erste Satz ist ungemein flotter Arbeit, ein „Allegro risoluto“, unter modernem Einfluß geschrieben, hier und da in Ueberschwinglichkeiten sich ergebend, aber voll Kraft und Energie im Gedankenfluß; das Andante ist von geradezu hinreißender Schönheit, und modte wohl, dank der wundervollen Wiedergabe des Geigenparts, am intensivsten angeprochen haben, ein famos erfundenes, ungemein feinfühliges „Allegro moderato“ folgt als dritter Satz, während der vierte, ein feuriges „Animato“, eine Fülle wertvoller, origineller musikalischer Schönheiten birgt. Herrn Marteau's Kunst nun in ihrer genialen Vollkommenheit zu erfahren gab nun erst der Vortrag der Bach'schen G-moll-Sonate für Violine allem Gelegenheit, Technische Unfehlbarkeit und Vollendung und die vornehme Art und Gediegenheit der Auffassung, erbrachten eine Darbietung, die höchsten Lobes würdig. Mit der musikalischen Auffassung der Kreuzer-Sonate op. 47 von Beethoven modte man wohl nicht in allen Stücken einverstanden sein. Einige im ersten Satz angebrachte, von Beethoven nicht gewünschte ritardandos, hier und da unterlaufene technische Flüchtigkeiten im Klavierpart bei der Durchführung des ersten Satzes, die Tempoveränderung beim Thema de. Andante, das dann allerdings mit dem Zutreten der Violine ins richtige Fahrwasser lanciert wurde, modten von Beethoven-Kennern keineswegs goutiert worden sein. Im letzten Satz hingegen hielten sich die Künstler vortrefflich und wurden auch des unbeschränkten Lobes teilhaftig.

# (Naturwissenschaftlicher Verein.) Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, den 13. Februar, im kleinen Saale des Museums, abends halb 9 Uhr, statt. Herr Professor Dr. Klein wird 1. „Ueber seltene Formen der Fichten und Tannen im Schwarzwald“; 2. über „Zeichen und Inschriften in lebenden Wämen“ sprechen.

\* Mannheim, 11. Febr. Die heute stattgehabte Gläubiger- versammlung der Heinau-Gesellschaft m. b. H. und der Betriebs-Gesellschaft für den Rheinauhafen m. b. H. nahmen nach der Neuen Bad. Landesztg., mit einigen unwesentlichen Änderungen die von der Gläubigerkommission ausgearbeiteten Liquidationsverträge an. Die Zustimmungserklärungen der nicht vertretenen Gläubiger sind größtenteils in Aussicht gestellt. Für beide Gesellschaften dürfte die Liquidation gesichert sein.

v Heidelberg, 11. Febr. Gelegentlich des Historikertages im April wird am 17. April eine Schloßbeleuchtung stattfinden. — Am Stadttheater ist Gerhard Hauptmanns „Michael Kramer“ mit schönem Erfolg zur Ausführung gelangt. Die Darstellung der Titelrolle durch den Charakterdarsteller Sigmund Schönbauer von dem alten Saalbau verabschiedet. In dem Konzert wurden ausschließlich Werke von Handt und Mozart vorgeführt. Solisten des Abends waren der Clarinetist Mühsfeld von den Reiningern, der durch sein wunderbares Spiel entzückte, und Konzertfängerin Frau Dr. Biederordt-Helbing aus Karlsruhe, deren gediegene Singweise sehr angenehm berührte.

\* Bretten, 11. Febr. Von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog ist wegen der Einweihungsfeier des Mehl- landshonhauses und Museums folgende Mitteilung an die Stadterhaltung und den Vorstand des Melanchthon- hausvereins gelangt:

Bertgegrüßte Herren!

Sie haben mir mit Schreiben vom 18. Januar d. J. den Wunsch zu erkennen gegeben, daß ich es übernehme, Seine Majestät den Kaiser zu der am 25. Juni d. J. festgesetzten Einweihungsfeier des Melanchthonhauses und Museums in Bretten im Namen der Stadt und des Denkmalvereins einzuladen. Ich habe nicht unterlassen, diese Einladung an Seine Majestät zu übermitteln und nunmehr ein Antwortschreiben des Kaisers erhalten, worin Allerhöchsterseits eine große Freude darüber auspricht, daß es dem Andenken des verdienten Mitarbeiters an der Reformation, des preceptor Germaniae, gewidmete pietätvolle Werk zur Vollendung gelangt ist. Seine Majestät erfuhr mich, der Stadt und dem Verein Allerhöchsteinselbst den wärmsten Dank für die Einladung mit der Versicherung zu übermitteln, daß es Seiner Majestät bei Allerhöchsteinselbstem lebhaftem Interesse für die Feier ganz besonders angenehm sein würde, derselben persönlich anzuwohnen. Zum lebhaften Bedauern des Kaisers ist Allerhöchsterseits daran aber durch anderweit bereits getroffene Dispositionen für die Zeit behindert. Seine Majestät wird sich darauf beschränken, Allerhöchsteinselbst sich bei der Weisheit vertreten zu lassen. Ich bedauere mit Ihnen, daß wir hiernach auf die Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers bei der Einweihungsfeier verzichten müssen, freue mich aber sehr darüber, daß die Einladung von Seiner Majestät in so sehr freundlicher Weise aufgenommen worden ist.

Karlsruhe, den 7. Februar 1903.

Ihr wohlwollender Friedrich.

o.c. Ettlingen, 12. Febr. Gestern abend gegen halb 7 Uhr wurde das Fuhrwerk einer hiesigen Mineralwasserfabrik von der Altbahn oberhalb der Spinnerei Ettlingen überfahren. Der Aufsitzer kam so unglücklich unter den Zug, daß er sofort tot war.

\* Vom Bodensee, 12. Febr. Dieser Tage ist Herr Pfarrer J. Meißner aus seinem bisherigen Wirkungskreis in Stodach geschieden, um die ihm Allerhöchsten Orts verliehene Pfarrei Oberstadingen anzutreten. Seine priesterliche Wirksamkeit ward durch hohen sittlichen Ernst und gewissenhafte Pflichterfüllung gekennzeichnet. Seit einer Reihe von Jahren hat er sich um die Hebung des religiösen Lebens in seiner Gemeinde sehr verdient gemacht, und auf charitativem Gebiete, insbesondere auch die edlen Bestrebungen des Frauenvereins eifrig gefördert. Durch seine geist- und gemüthvollen, wahrhaft erbauenden Kanzelvorträge hat er sich ein bleibendes Monument der Liebe und Verehrung bei der Bevölkerung gesichert. — Bei der in letzter Woche abgehaltenen Gemeindefeier zur Steigerung in Oberarmersbach, dessen Umfang sich auf 159 000 M. bezifferte wurden 9000 Festmeter um 157 000 M. versteigert. — Eine interessante Proschüre hat soeben die Presse verlassen. Sie führt den Titel: „Statistische Mitteilungen des Kantons Basel-Stadt. Bericht über den Zivilstand, die Todesursachen und die anstehenden Krankheitsfälle im Jahre 1900.“ (Basel 1903.) An der Redaktion dieser Schrift sind hervorragende Basler Aerzte beteiligt. Bemerkenswert ist namentlich der Bericht über die Todesursachen im Stadtbezirk, ferner über die anstehenden Krankheiten und die Todesfälle. Die Zahl der im Jahre 1900 dafelbst angezeigten Fälle von Infektionskrankheiten beträgt 3047 mit 174 Todesfällen. In erster Linie stehen dabei die Malaria mit 1439 Anzeigen und 27 Todesfällen; sodann die zweite Stelle ein mit 539 Anzeigen und 29 Todesfällen die zweite Stelle ein; dann erit folgen mit 388 Anzeigen und 40 Todesfällen Diphterie und diphterieverdächtige Erkrankungen. Während im Jahre 1899 die Influenza in Basel nur sehr gelinde aufge-

treten ist, hat sie im Berichtsjahre 1900 zahlreiche Opfer gefordert; im ganzen 57 Todesfälle; besonders starke Sterblichkeit zeigten die Monate Februar und März; von den insgesamt 410 Todesfällen dieser beiden Monate sind 47 durch Influenza verursacht. Von Scharlach wurden angezeigt 72 Erkrankungen ohne Todesfall.

**Kleine Nachrichten aus Baden.** Die am Dienstag vom Landwirtschaftlichen Bezirksverein in Bretten abgehaltene Saatz- und Kartoffelausstellung war sehr gut besucht. Ausgestellt waren 58 Kartoffel- und 42 Samenproben. Nach der von der Großh. Landw. Versuchsanstalt Augustenberg vorgenommenen Untersuchung auf Keimigkeit und Keimfähigkeit bezw. auf Wasser und Stärkemehl, war die Qualität der ausgetesteten Proben eine sehr gute, bei einzelnen sogar eine vorzügliche. Auch waren bei den ausgetesteten Kartoffelforten einige sehr schöne Neubeiten zu sehen. Sieben Preise und Anerkennungsdiplome wurden erteilt. Der Besuch seitens der Landwirte und Interessenten war ein sehr reger und infolgedessen auch die Bestellungen sehr groß. Saatkartoffeln wurden allein 3137 1/2 Kilogramm bestellt, sowie etwa 2600 Kilogramm Samen. Dieser Tage feierte Herr Bürgermeister Schneider in Dersuldingen sein 25jähriges Dienstjubiläum. Derselbe war vom Jahre 1878 bis 1882 Mitglied des Gemeinderats und bekleidet seit dieser Zeit den Dienst als Bürgermeister. In Weersburg ist nach längerer Krankheit Herr Alt-Bürgermeister Jakob Kaiser im Alter von 81 1/2 Jahren gestorben.

#### Landwirtschaftliche Versammlungen und Besprechungen.

**Landwirtschaftliche Bezirksvereine.** Den 15. d. M. zu Großhadefhofen, Hülzingen, Veldenöhl, Suggenthal, Stein, Dielheim, Rippenweiler, Eberbach und Epplingen.  
**Landwirtschaftliche Ortsvereine.** Den 15. d. M. zu Sandhausen.  
**Ländliche Kreditvereine.** Den 18. d. M. zu Mauer.  
**Landwirtschaftliche Konsumvereine.** Den 15. d. M. zu Griesen, Rommigen, Eppingen, Buggingen und Weingarten; den 18. d. M. zu Ohjenbach.

#### Aus dem französischen Parlament.

(Telegramme.)

**Paris, 11. Febr.** Zwischen dem Finanzminister und den Hauptverteidigern des Privilegs der Hausbrenner hat vormittags eine Besprechung stattgefunden, die, obwohl der Finanzminister mehrere Zugeständnisse machte, ergebnislos verlief. Die Budgetkommission lehnte die neuen Zugeständnisse Rouviers bezüglich der Hausbrenner ab und beantragte, im Finanzgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, nach der vom 1. Januar 1905 ab dem Staate das Monopol der Fabrikation, Rektifikation und Verkauf des Alkohols zustehen, und von der Veröffentlichung des gegenwärtigen Finanzgesetzes ab die Errichtung neuer Destillieren verboten ist.

**Paris, 11. Febr.** Deputiertenkammer. Nachdem sich die Kammer mit 278 gegen 209 Stimmen gegen den Antrag auf Abtrennung der Artikel 11 bis 29 (Einschränkung des Vorraths der Eigenbrenner und teilweise Aufhebung der Tabakzölle) ausgesprochen hat, fragt Mulau, welcher Art die vom Minister in der nächsten Kommissionssitzung eingegangenen Verpflichtungen seien. Finanzminister Rouvier: Allerdings hat die Kommission bis 1 Uhr morgens beraten. Aber was da gesehen ist, war nur die natürliche Folgerung aus den Erklärungen, die ich gestern vor dem Hause abgegeben habe. Ich habe gestern angekündigt, ich würde geneigt sein, die kleinen Eigenbrenner von der Ueberwachung auszuscheiden, um so gewisse Zusatzantzen zu entsprechen, die gestern eingebracht wurden. Diese Antzen zielen dahin, die kleinen Winzer, die nicht mehr als 1 Hektar bebauen, und die kleinen Grundeigentümer, die nicht über 50 Fruchtbäume besitzen, von der staatlichen Beaufsichtigung und Besteuerung frei zu halten. Ich habe den betreffenden Antragstellern mitgeteilt, daß die Regierung weitere Zugeständnisse nicht machen werde.

Artikel 11 und 12, die sich auf die Beaufsichtigung der Destillierapparate beziehen, werden nach längerer Erörterung angenommen.

#### Der Konflikt mit Venezuela.

(Telegramme.)

**Rom, 12. Febr.** Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Washington: Gegenüber anders lautenden Gerüchten wird in amtlichen Kreisen geglaubt, daß über alle Punkte in dem drei Protokolle die Einigung mit den Vertretern der drei verbündeten Mächte erzielt worden ist, so daß das Protokoll in der Venezuela-Angelegenheit nächstens unterzeichnet werden könne.

**London, 12. Febr.** Reuters Bureau erzählt, die verbündeten drei Mächte seien darin übereingekommen, daß die Boven unterbreiteten Protokolle zusammen unterzeichnet werden müssen. Sämtliche drei Mächte handeln in dieser Frage in vollständiger Uebereinstimmung.

**Washington, 12. Febr.** England und Italien sind befragt worden, ob sie gegen eine Erhöhung der Barzahlung an Deutschland auf mehr als 5500 Pfund Sterling Einspruch erheben würden, für den Fall, daß die deutsche Regierung darauf bestehen sollte. Die Botschafter Englands und Italiens haben ihren Regierungen darüber telegraphisch berichtet. Man erwartet von keiner Seite einen Protest. Der deutsche Geschäftsträger ist bemüht, eine baldige Einigung zu erzielen.

**Washington, 11. Febr.** In der Venezuela-Frage scheinen die Verhandlungen zwischen den Vertretern der drei Mächte und Boven günstigen Fortschritt zu nehmen, doch wird von jeder dieser Mächte noch über einzelne Punkte verhandelt.

**London, 12. Febr.** Der Präsident der Lokalverwaltung, Minister Long, sagte in einer in Bristol gehaltenen Rede, die Schwierigkeiten der Venezuela-Angelegenheit seien überwunden worden. Man näherte sich jetzt schnell einer Lösung der Frage. Während die Regierung es in politischer Hinsicht für praktisch gehalten habe, Deutschland und Italien die Hand zu reichen bei der Beschüpfung der englischen Interessen, habe sie gleichzeitig nichts getan, was die dauernde feste Freundschaft, die sich zwischen England und Amerika herausgebildet habe, gefährden könnte. Beide Mächte hätten in freundschaftlicher Weise gehandelt, beide hätten bezüglich der zukünftigen Führung der Geschäfte beschlossen, daß Amerika und England eine führende und freundschaftliche Rollen spielen sollen. Der Staatssekretär für Indien, Hamilton, hielt in Ealing eine Ansprache, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß die gemeinsame Blockade in kurzer Zeit aufgehoben werden

könne. Wenn die Angelegenheit im Unterhaus zur Sprache kommen werde, glaube er, obgleich er offen zugebe, daß die Regierung von vielen Seiten einer Kritik unterzogen werde, und das eingeschlagene gemeinsame Vorgehen weit entfernt sei, in England vollständig zu sein, daß die Regierung fähig sein werde, nachzuweisen, daß sie den besten Weg eingeschlagen habe und daß jeder andere, den man hätte wählen können, nicht so vorteilhaft oder zur Durchführung der Aufgabe geeignet gewesen wäre.

#### Ostasiatisches.

(Telegramme.)

**Port Arthur, 11. Febr.** Heute wurde hier eine Filiale der Russischen Bank für auswärtigen Handel eröffnet.

#### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 12. Febr.** Seine Majestät der Kaiser empfing gestern abend vor dem Hofball im Schlosse den französischen Botschafter Vihour.

**Berlin, 11. Febr.** In einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung“ erklärt der Reichstagsabgeordnete Graf Noon seinen Austritt aus dem Bund der Landwirte, weil Freiherr v. Wangenheim in der Bundesversammlung vom 9. Februar ausdrücklich erklärte, daß das Rundschreiben des Vorstandes vom 13. Dezember 1902 nicht zurückgenommen worden sei. Damit sei die den für den Antrag v. Kardorff stimmenden Deutschnonverwandten zugesagte Kränkung ohne Widerspruch in der Versammlung zu finden, aufrecht erhalten, statt sie zu beenden und zu entschuldigen. Graf Noon schließt: obwohl er selbst ein für das Wohl der Landwirtschaft treu bewährter Landwirt sei, stehe ihm doch das Ansehen der alten Christlich-Konfessionen Partei hundertmal höher, als der Bund der Landwirte.

**Berlin, 12. Febr.** Ein Parlamentsberichterstatter meldet: In einer gestern vor Beginn der Reichstags-Sitzung abgehaltenen Besprechung des Seniorenkongress teilte der Präsident mit, daß nach einer ihm gegebenen, allerdings noch nicht amtlichen, Nachricht, die Wahlen Mitte Juni stattfinden werden.

**Wilhelmshaven, 12. Febr.** Heute vormittag wurde auf dem Kaiserhofe der 2. Matrosendivision ein Denkmal für die beim Feldzuge in China Gefallenen feierlich entzündet.

**Schleswig, 11. Febr.** Reichstagsersatz-Stichwahl im Wahlkreis Schleswig-Ederförde. Spethmann (Freif. W.) wurde mit 7383 Stimmen gegen Hofmann (Soz.), mit 5277 Stimmen, gewählt.

**Stuttgart, 11. Febr.** Die Kammer behandelte nach Annahme des Volksschulgesetzentwurfs den sozialdemokratischen Antrag auf Herbeiführung einer stärkeren Vertretung der Stadt Stuttgart in der Abgeordnetenversammlung. Im Namen der Staatsregierung erklärte Ministerpräsident v. Breiting, er könne sich nicht entschließen, diese Einzelfrage der Verfassungsreform selbständig zu lösen. Sobald die Regierung aus der Aussprache in der Kammer die Ueberzeugung gewinnt, daß die Schwierigkeiten, die der Durchführung der Verfassungsreform seiner Zeit im Wege standen, beseitigt seien, würde er nicht zögern, die Reform in die Hand zu nehmen und im Zusammenwirken mit den Parteien und der Ersten Kammer so zu fördern, daß der neue Verfassungsentwurf den Ständen vorgelegt werden könne, sobald die Gemeinde- und Bezirksreform und die Steuerreform ihre Verabschiedung gefunden haben. Nach dieser Erklärung brach die Kammer die Beratung ab, um den Fraktionen Zeit zur Stellungnahme zu lassen.

**Stuttgart, 12. Febr.** Die Kammer der Abgeordneten nahm in fortgesetzter Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf stärkere Vertretung der Stadt Stuttgart im Landtage eine von den Abgg. Geh. Kaufmann eingebrachte Resolution mit 84 Stimmen an, welche lautet: Die Kammer der Abgeordneten nimmt Akt von der Erklärung der Königlich-staatlichen Staatsregierung, wonach dieselbe geneigt ist, sobald begründete Aussicht auf Durchführbarkeit der Verfassungsreform vorhanden ist, die neuerlichen Vorarbeiten in die Hand zu nehmen, dieselben im Zusammenwirken mit allen Parteien unter Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu fördern. Die Kammer der Abgeordneten erklärt sich bereit, ihrerseits beim Zustandekommen einer zeitgemäßen Reform mitzuwirken.

**München, 12. Febr.** Der Großherzog von Oldenburg ist aus Gmunden am Traunsee kommend, heute Früh hier eingetroffen.

**Wien, 11. Febr.** Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der Finanzminister entschloß sich schließlich für die Konversion zu 4 Proz. ohne Ersparnisse.

**Genf, 11. Febr.** Girou, der in Lausanne mit Leopold Wöllfling zusammentraf, kam heute nachmittag in Genf an, um von dem Ausgang des Dresdener Eheprozesses Kenntnis zu erhalten. Er reiste am Abend über Lausanne wieder nach Brüssel ab. Girou war nicht im Sanatorium La Méairie und wird nicht dorthin gehen.

**Paris, 11. Febr.** Dem „Temps“ wird aus Angoulême gemeldet, daß in verfloßener Nacht eine Anzahl von Personen, darunter etwa zehn Offiziere der Garnison, durch die Straßen der Stadt zogen unter den Rufen: „Nieder mit den Juden, es lebe die Armee, es lebe der König, es lebe der Kaiser!“ Die Polizei zerstreute die Manifestanten.

**Marseille, 12. Febr.** Es wird gemeldet, daß die französischen Rheder ein Syndikat gebildet haben, welches sämtliche französische Dampfschiffahrtsgesellschaften und fast alle Segelschiffahrtsgesellschaften umfaßt, und seinen Sitz in Paris hat.

**Madrid, 12. Febr.** Im gestrigen Ministerrat erklärte Ministerpräsident Silveira, er sei nicht für die Verhängung des Belagerungsstandes, wenn es sich um Unruhen lokalen Charakters handle. In Cadix habe sich die Lage gebessert, andererseits seien aber in Coruna Besetzungen im Gange, einen allgemeinen Ausstand herbeizuführen.

**Barcelona, 12. Febr.** Der Ausstand in Reus ist beendet, da der Plan eines allgemeinen Ausstandes gescheitert ist. In den meisten Fabriken wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

**Cadix, 11. Febr.** Die Nacht verlief ruhig. Die Bäder verharren im Ausstande. Das Brot wird von Soldaten hergestellt. Der Bürgermeister versicherte, es werde weder an Brot noch an Fleisch mangeln. In Reus ist der Ausstand vollständig beigelegt. Heute wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen.

**Madrid, 12. Febr.** In Cadix hat sich Mangel an Lebensmitteln fühlbar gemacht. Sämtliche Arbeiterverbände in Coruna haben sich für den Generalausstand entschieden.

**Konstantinopel, 10. Febr.** Zur Prüfung der bei der türkischen Regierung vorliegenden Unifikationsprojekte ist eine Kommission gebildet aus dem Finanzminister, dem Handelsminister und dem Unterstaatssekretär des Finanzministeriums. Dieselbe hat ihre Arbeiten bereits begonnen. In hiesigen Regierungskreisen wird zuverlässig erwartet, daß die baldige Durchführung der Unifikation auf der Basis eines der beiden Projekte gelingen wird.

**Konstantinopel, 11. Febr.** Die Nachrichten, daß die Verhandlungen über die Einführung des Zündholzmonopols wieder begonnen haben, werden von türkischer offizieller Seite bestritten. Tatsächlich befindet sich jedoch der Vertreter des im das Monopol sich bewerbenden Syndikats seit längerer Zeit wieder in Konstantinopel und setzt seine Bemühungen fort.

**Sofia, 12. Febr.** Es verlautet, in Regierungskreisen sei man der Ansicht, falls die Beunruhigung infolge der Zusammenziehung türkischer Truppen an der bulgarischen Grenze andauere, trete die Notwendigkeit einer teilweisen Mobilisierung der bulgarischen Armee ein. Hierzu sei vorläufig je eine Armeedivision in Sofia und Philippopol in Aussicht genommen.

**Sofia, 11. Febr.** Es verlautet, die Regierung werde angesichts der Zunahme der Bewegung unter den Macedoniern in mehreren Distrikten den Belagerungszustand verhängen.

**Washington, 11. Febr.** Der Senat nahm den Alaska-Grenzvertrag an.

#### Verschiedenes.

**Berlin, 12. Febr.** In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank teilte Präsident Dr. Koch mit, daß die Erleichterung der Bankfortschritte gemacht habe. Das Metall habe sich um 19 Millionen, im vorigen Jahre um 11 Millionen, vermehrt; die Wechselanlage sich um 42 Millionen, im vorigen Jahre nur um 24 Millionen vermindert. Letztere betrage jetzt 30 Millionen weniger als im Vorjahre. Auch die Lombardanlage sei um 6 Millionen geringer. Die fremden Wechselkurse gestalteten sich etwas günstiger, so daß ein Ausgange an Gold in das Ausland gegenwärtig nicht zu besorgen sei. Der Privatdiskont am offenen Markt habe ungeachtet des Verlaufs eines erheblichen Betrages von Schatzanweisungen des Reichs seitens der Reichsbank schon mit dem 2. Februar 1/2 Prozent nicht überstiegen. Hiernach könne die Reichsbankverwaltung trotz wesentlich geringeren Metallvorrats und erheblichen Rückgangs der fremden Gelder die Bedenken gegen die Diskontermäßigung infolgedessen aufgeben, als sie eine solche um 1/2 Prozent eintreten lasse. Nach kurzer Debatte erklärte sich der Zentralausschuß einstimmig mit der Verabschiedung des Diskonts auf 3/2, des Lombardzinsfußes auf 4/2 Prozent einverstanden.

**Hamburg, 11. Febr.** Der Schiffsverkehr im Hamburger Hafen nahm einen derartigen Umfang an, daß Schiffe nur mit außerordentlicher Verzögerung Landungsplätze erhalten können. Insonderheit bei der Hamburg-Amerika-Linie nahm der Betrieb einen über die vorhandenen Landungsgelegenheiten weit hinausgehenden Umfang an, so daß die Gesellschaft, da ihr der Hamburger Staat nicht mehr in genügendem Maße Räume zur Verfügung zu stellen vermag, fortan auch die Altonaer Quais in Anspruch zu nehmen beabsichtigt.

**Stolp in Pommern, 11. Febr.** (Telegr.) Der Arbeiter Bantin, welcher im Oktober 1902 in einem Gehöft bei Daberlow zwei Frauen und drei Kinder erschlug, wurde heute vom Schwurgericht wegen fünffachen Mordes für jeden Fall zum Tode, und wegen Diebstahls zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 13. Febr. Abt. B. 87. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Der Postillon von Lonjumeau“, komische Oper in 3 Akten, nach dem Französischen von Friederich Clementreich, Musik von Adam Chapelon-Saint Phar; Heinrich Henkel vom Opernhaus in Frankfurt, als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Wetter am Mittwoch, den 11. Februar 1903.

Hamburg vormittags Regen, Neufahrwasser und Chemnitz nachts Regen, Müritzer anhaltend Regen, Swinemünde, Breslau und Metz trüb, Windigen heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 12. Februar 1903, vormittags 7 Uhr.

Triest dünnig 4 Grad, Nizza wolfig 5 Grad, Florenz bedeckt 6 Grad, Rom wolkenlos 2 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. vom 12. Februar 1903.

Der Luftdruck nimmt heute von einem Südwesteuropa bedeckenden Maximum aus bis zu einer tiefen, über Finnland gelegenen Depression ab, das Wetter ist deshalb im größten Teile Deutschlands trüb, mild und regnerisch, nur im Süden ist, wohl nur vorübergehend, teils heiteres, teils neblig- und etwas kälteres Wetter eingetreten. Da das Orisbarometer fällt, so scheint die Depression ihren Wirkungsbereich weiter auszudehnen; es ist deshalb trübes Wetter mit Niederschlägen zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
10. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	767.7	5.8	6.3	91	SW	bedeckt
11. Mrgs. 7 <sup>00</sup> U.	767.1	5.9	5.8	81	SW	bedeckt
11. Mrgs. 2 <sup>00</sup> U.	764.8	6.8	6.1	82	SW	wolfig
11. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	763.5	4.2	5.6	90	SW	heiter
12. Mrgs. 7 <sup>00</sup> U.	759.9	1.6	5.0	96	SW	bedeckt
12. Mrgs. 2 <sup>00</sup> U.	756.1	1.8	5.1	60	SW	heiter

\*) Nebel.

Höchste Temperatur am 10. Februar: 11.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 3.0.

Niederschlagsmenge des 10. Februar: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 11. Februar: 8.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.4.

Niederschlagsmenge des 11. Februar: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 11. Februar: 3.05 m, gestiegen 11 cm. — 12. Februar: 3.22 m, gestiegen 17 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag Karlsruhe.

Soeben erschienen: Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen herausgegeben von Carl Johannes Fuchs, Karl Rathgen, Gerhard von Schulze-Gävernitz, Max Weber. VII. Band I. Ergänzungsband.

Die Badische Landwirtschaft

am Anfang des XX. Jahrhunderts von Dr. Moriz Hecht Regierungsassessor beim Großh. Bad. Statistischen Landesamt. Mit 6 Tafeln und 12 Karten.

Von der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i. Br. mit dem Preis der Dr. Rudolf Schleich-Stiftung ausgezeichnet.

Preis im Abonnement 6 Mark im Einzelverkauf 7

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover.

Errichtet im Jahre 1878. Militärdienst-Versicherung. \* Lebens-Versicherung.

Gesamtversicherungsbestand: 298 Mill. Mark Versicherungssumme. Gesamtvermögensbestand: 118 Millionen Mark. Gesamtauszahlungen: 42 Millionen Mark.

Im Jahre 1902 wurden 18 1/2 Millionen Mark Versicherungssumme beantragt.

Die Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover übernimmt unter äusserst günstigen Bedingungen die Versicherung von Kapitalien auf den Fall der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht im Deutschen Reiche.

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Rechts- und Landesrecht

in übersichtlicher Zusammenfassung. Ein Handbuch für den Gebrauch der amtlichen Gesetzblätter von Dr. A. Gluck, Landgerichtsrat. Preis gebunden Mk. 7.60.

Gesamt-Nachtrag auf den 1. Januar 1903.

Preis kart. Mk. 1.60. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

IV. Grosse Geld-Lotterie d. Bad. Landesvereins v. Roten Kreuz. Ziehung schon 7. März 1903. 3888 Geldgew. 44000. Hauptgew. M. 15000. 1 Gew. M. 5000. 2 à 1000 = 2000. 4 à 500 = 2000. 30 à 100 = 3000. 150 à 20 = 3000. 400 à 10 = 4000. u. 2800 zus. 10 000.

Karl Eberhardt Civil-Ingenieur Elektro-Techn.-Bureau KARLSRUHE. Bekanntmachung. Bei unterzeichnetem Notariat ist eine Schreibgehilfenstelle mit einer Jahresvergütung von 600 M. sofort zu besetzen.

Stangen- u. Brennholz-Versteigerung.

Das Großh. Forstamt Huchenfeld in Forzheim versteigert mit Borgfristbewilligung aus Domänenwald-district III Huchenfelder und Unter-reichenbacher Ragoldhalde, Abt. 19 Schindlersgrube, 25 Großadlerslag, 27 Unterer Breitenwand, 29 Leuters-linge, 32 Hinterer Aeb, 34 Denna-scherhau am Donnerstag den 19. Febr. 1903, vormittags 9 Uhr, im Wirtshaus zum „Lomm“ in Huchenfeld: 530 meist sichtene Gerüststangen, 895 Leiterstangen, 880 Hopfenstangen I. Kl., 1075 II. Kl., 1090 III. Kl., 1740 IV. Kl., 2745 Rebsteden, 5255 Bohnensteden, 8 Ster eichenes, 90 Ster Nadelstehtholz, 83 Ster eichenes, 631 Ster Nadel-prügelholz, 75 Stück Buchene, 905 eichene 1915 Nadelholzstämme, 3 Voje Schlag-raum. Nähere Auskunft für Abt. 19 bis 27 bei Forstwart v. u. in Huchenfeld, für Abt. 29 bis 34 bei Forstwart Baier in Hohenwarth.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Ladung. J.391.1. Nr. 3279. Mannheim. Der Georg Hufnagel in Ladenburg, vertreten durch Rechtsanwält Dr. Loeb und Dr. Frank in Mannheim, klagt gegen den Cigarrenmacher Johann Kösch III., früher zu Ladenburg, jetzt an unbekanntem Ort, unter der Behauptung, daß derselbe eingezogene Gelder unterschlagen habe, mit dem Antrage auf Verurteilung zur Zahlung von 1836 M. 85 Pf. nebst 4 Prozent Zinsen von der Klagezustellung an.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Ladung. J.371. Nr. 3004. Billingen. Die minderjährige Elsa Storz von Dürheim, vertreten durch die Vormünderin Maria Storz, ledige Dienstmagd daselbst, klagt gegen den an unbekanntem Ort abwesenden Flaschner Wilhelm Engelsmann, früher zu Dürheim, unter der Behauptung, daß letzterer der Vater der Klägerin sei, mit dem Antrage, auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung zur Leistung einer vierteljährlich vorauszahlbaren Unterhaltsrente von wöchentlich drei Mark vom Tage der Geburt der Klägerin, d. i. 28. Oktober 1902, bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Billingen auf Montag, den 30. März 1903, vormittags 9 Uhr.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Billingen auf Montag, den 30. März 1903, vormittags 9 Uhr.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Billingen auf Montag, den 30. März 1903, vormittags 9 Uhr.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Billingen auf Montag, den 30. März 1903, vormittags 9 Uhr.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Billingen auf Montag, den 30. März 1903, vormittags 9 Uhr.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Billingen auf Montag, den 30. März 1903, vormittags 9 Uhr.

Die Nachlassgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass des Wilhelm August Hipolyt Köster spätestens in dem auf Freitag, den 15. Mai d. J., vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin bei diesem Gericht anzumelden.

Die Nachlassgläubiger, welche sich nicht melden, erleiden die Rechtsnachteile, daß sie, unbeschadet des Rechts, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auf-lagen berücksichtigt zu werden, von den Erben nur insoweit Befriedigung verlangen können, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Ueberschuß ergibt, und daß jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den, seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit haftet.

Die Anmeldung einer Forderung hat die Angabe des Gegenstands und des Grundes der Forderung zu enthalten. Urkundliche Beweisstücke sind in Urtschrift oder in Abschrift beizufügen. Heidelberg, den 5. Februar 1903. Großh. Amtsgericht. Schütz.

Konkurse. J.430. Nr. 1256. St. Blasien. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Johann Wirthle in Todtnoos ist auf Antrag des Gläubigerausschusses Termin zu einer Gläubigerversammlung, in welcher die Veräußerung der Grundstücke des Gemeinschuldners aus freier Hand an eine zu bildende Gesellschaft, bestimmt auf: Donnerstag, den 19. Februar 1903, vormittags halb 12 Uhr, in den Kornhausaal in Freiburg i. B. St. Blasien, den 10. Febr. 1903. Großh. Amtsgericht. gez. Hornung.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Die Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, den 1. April 1903, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

wird derselbe auf Grund der nach § 472 Abs. 2 u. 3 St. R. O. von dem Bezirkskommando Mannheim ausgefertigten Erklärung vom 24. Januar 1903 beurteilt werden. Mannheim, den 2. Februar 1903. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. S. Bernauer.

Bermischte Bekanntmachungen. Vergebung von Eisenlieferung.

Für den Gymnasiumsneubau Forzheim ist die Lieferung von Trägern, Normal- und Spezialprofile, zu 45 500 kg, im Wege des öffentlichen Angebots zu vergeben. J.340. Unterlagen nebst Auszug sind bei der unterzeichneten Stelle hier, gegen Erlass der Umdruckkosten, zu erhalten, nach auswärts gegen Einfindung von 30 Pf.

Die Angebote sind bis Donnerstag, den 19. d. M., nachmittags 5 Uhr, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen ebenfalls hierher einzureichen, zu dieser Zeit findet die Submissionsverhandlung statt; es steht den Bewerbern frei, derselben beizuwohnen. Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen. Großh. Bezirksbauinspektion Karlsruhe Abteilung: Forzheim. Karlsruhe. Zitel 8 II.

Bauarbeitenvergebung.

Zum Neubau einer städt. Sporthalle in Bretten sollen nachstehende Arbeiten vergeben werden: J.428.1. Pergament-, Wand- und Bodenbelag, Schreinerarbeit, Schlosserarbeit, Tapezierarbeit, Linoleumbelag, Roll-ladenlieferung. Zeichnungen und Bedingungen liegen vom 16. bis 21. d. M. auf dem Rathause in Bretten zur Einsicht auf, woselbst auch die Angebotsformulare erhoben werden können.

Die mit entsprechender Aufschrift zu versehenen Angebote sind bis längstens Montag, den 23. Februar, vormittags 9 Uhr, beim Bürgermeisterrat Bretten einzureichen, wo auch diese Zeit die Eröffnung stattfindet. Bruchsal, den 12. Februar 1903. Großh. Bezirksbauinspektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir haben in öffentlicher Verdingung zu vergeben: Die Anfertigung von 200—250 Stück Arbeiterjuppen aus blauem Leinwandstoff. Angebote hierauf sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift „Arbeiterjuppen“ versehen längstens bis Montag, den 16. d. M., vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen.

Die Juppen müssen im Großherzogtum Baden angefertigt werden. Das Material kann bei unserer Dienstkleiderkammer eingesehen werden. Die Lieferungsbedingungen werden auf portofreie Anfrage von uns abgegeben. Der Zuschlag erfolgt spätestens am 10. März d. J. Karlsruhe, den 3. Februar 1903. Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Zur Erweiterung der Station Seimstadt auf der Bahnstrecke Medesheim-Redarzell sollen nachverzeichnete Arbeiten vergeben werden: Fundamentaushub 480 kbm, Koijpfähle 28 Stück, Mauerwerk und Beton 335 kbm, Gemäuermauerwerk 28 „ Quader 17 „ Plaster 30 qm.

Angebote auf diese Arbeiten sind versegelt, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, spätestens Mittwoch, den 25. d. Mts., vormittags 9 Uhr, bei Unterzeichnetem einzureichen. Bedingnisheft und Zeichnungen liegen auf der Kanzlei des Unterzeichneten zur Einsicht auf, daselbst können auch Angebotsformulare erhoben werden. J.393.2. Nach auswärts werden Bedingnishefte nicht abgegeben. Heidelberg, den 7. Februar 1903. Großh. Bauinspektor I.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Nr. 14 235 C. Mit Gültigkeit vom 1. März l. J. wird die Station Biberach-Zell in den Ausnahmestellen für Kohlen des süddeutschen-ungar. Verbandes Teil V. Fest Nr. 3, aufgenommen. Die Höhe der Frachttaxe ist in dieser Station zu erfragen. Karlsruhe, den 11. Februar 1903. Großh. Generaldirektion.

Nr. 14 235 C. Mit Gültigkeit vom 1. März l. J. wird die Station Biberach-Zell in den Ausnahmestellen für Kohlen des süddeutschen-ungar. Verbandes Teil V. Fest Nr. 3, aufgenommen. Die Höhe der Frachttaxe ist in dieser Station zu erfragen. Karlsruhe, den 11. Februar 1903. Großh. Generaldirektion.

Nr. 14 235 C. Mit Gültigkeit vom 1. März l. J. wird die Station Biberach-Zell in den Ausnahmestellen für Kohlen des süddeutschen-ungar. Verbandes Teil V. Fest Nr. 3, aufgenommen. Die Höhe der Frachttaxe ist in dieser Station zu erfragen. Karlsruhe, den 11. Februar 1903. Großh. Generaldirektion.